

# **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2004**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:55 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Helga Grix

ANWESENDE:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Beigeordneter Bernd Bornemann  
Ratsfrau Helga Grix  
Ratsfrau Elfriede Meyer

für Ratsherr Rico Mecklenburg

### **CDU**

Ratsherr Ihno Groeneveld  
Ratsherr Werner Vollprecht

### **FDP**

Ratsherr Holger Klaassen

ab 17.10 Uhr

## **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Norbert Haarmeyer  
Frau Regina Meinen  
Frau Marion Oelrichs-Brinkmann

## **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

### **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken

### **Beratende Mitglieder**

Herr Christoph Jebens  
Herr Carsten Schubert  
Frau Ingrid von Schwartzenberg  
Herr Uwe Willms

bis 18.20 Uhr

### **von der Verwaltung**

Stadtamtsrat Richard Lücht  
Frauenbeauftragte Okka Fekken  
Stadtangestellter Tom Sprengelmeyer  
Stadtangestellter Eckhard Kühl  
Stadtangestellter Markus Frein  
Stadtangestellte Dr. Britta Zander  
Sozialplaner Josef Engels  
Stadtamtsmann Ralf Janßen  
Stadtangestellte Agnes Rauch, Protokollführung

### **Gäste**

2 Zuschauer  
2 Vertreter der örtlichen Presse

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2004**

---

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Grix** begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Lücht** schlägt vor, die Tagesordnung dahingehend zu ändern, dass die Tagesordnungspunkte 9 und 10 vorgezogen und hinter Punkt 6 angeschlossen werden, da in Punkt 7 auf die Punkte 9 und 10 Bezug genommen werde.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung angenommen.

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 4** Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 16) und des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 15) am 05.05.2004

**Herr Lücht** erklärt, zu diesem Protokoll liege eine Korrektur von Herrn Grix vor. Auf Seite 6 beanstandete er die Passage „Neben den 23.000 €, die die Stadt zur Verfügung stelle, bekäme die AWO auch Bundes- und Landesmittel.“ Dieses sei nicht richtig. Die 23.000 € kämen ausschließlich vom Land und Bund. Von der Stadt Emden würden keine Mittel zur Verfügung gestellt werden.

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 21.04.2004 wird mit diesen Änderungen genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt : 5** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2004**

---

### BESCHLUSSVORLAGEN

**Punkt : 6** Vorlage 14/1219-00  
Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jahre 2005 bis 2008

**Herr Lücht** entschuldigt sich zunächst für die späte Lieferung der Vorschlagsliste zur Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen. Leider sei eine rechtzeitige Lieferung nicht möglich gewesen, da die Verwaltung erst im April vom Amtsgericht Emden informiert worden sei, dass der Jugendhilfeausschuss über diese Vorschlagsliste noch vor der Sommerpause zu entscheiden habe.

Weiter erklärt Herr Lücht, alle vier Jahre stehe die Wahl der Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für das Jugendschöffengericht in Emden sowie die Jugendkammern beim Landgericht Aurich an. In der letzten Jugendhilfeausschuss-Sitzung seien die vorschlagsberechtigten Institutionen vorgestellt worden, die angeschrieben und um Benennung der entsprechenden Kandidaten gebeten werden sollten. Das Amtsgericht Emden habe im Monat April eine öffentliche Informationsveranstaltung ohne städtische Beteiligung durchgeführt. Dort sei bereits für die Bewerbung als Schöffe bzw. Jugendschöffe geworben worden. Aus diesem Grunde habe man neben den Vorschlägen der Institutionen auch Direktkandidaten. Das bisherige Verfahren, die Vorschlagsliste des Jugendhilfeausschusses über die vorschlagsberechtigten Institutionen zu stimmen, habe sich bewährt, weil so die gesetzliche Vorgabe der erzieherischen Befähigung und Erfahrung in der Jugenderziehung für die Vorgeschlagenen gewährleistet werden könne. Bei den Direktkandidaten sei diese Eignungsvoraussetzung jedoch gesondert zu klären.

Herr Lücht berichtet über die Schwierigkeiten, innerhalb der kurzen Frist die Mindestzahl von 24 Kandidatinnen und Kandidaten zu erreichen. Von den vorschlagsberechtigten Institutionen seien nur 20 Vorschläge eingegangen; nur über die restlichen acht direkt eingegangenen Bewerbungen habe die gesetzliche Vorgabe von mindestens 24 Vorgeschlagenen eingehalten werden können. Allerdings habe nicht – wie gesetzlich als Sollvorschrift vorgesehen – die gleiche Anzahl von Männern und Frauen aufgenommen werden können.

Er schlägt vor, dem Jugendhilfeausschuss für die nächste Wahlperiode rechtzeitig Ende des Jahres 2007 eine Verfahrensregelung der Bestimmung der Vorschlagsliste zur Beschlussfassung vorzulegen. Im Jahre 2008 könne so mit dem Amtsgericht gemeinsam eine Informationsveranstaltung durchgeführt und auf eine dann abgestimmte Verfahrensregelung verwiesen werden. Entsprechende Gespräche seien bereits mit Herrn Richter Bergholz geführt worden. Er hofft, dass so künftig eine ausreichende Anzahl an geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für die Vorschlagsliste des Jugendhilfeausschusses gefunden werden könne.

Er bittet den Jugendhilfeausschuss um Ergänzung der vorgelegten Vorschlagsliste, falls noch weitere Kandidatenvorschläge benannt werden könnten.

**Frau Grix** fragt an, ob noch Vorschläge vorliegen würden. Da dieses nicht der Fall sei, lasse sie nun über die Liste abstimmen.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2004**

---

Frau Grix, Frau Oelrichs-Brinkmann und Herr Haarmeyer haben an der Beschlussfassung nicht teilgenommen.

**Beschluss:** Es wird beschlossen, dem Amtsgericht Emden die in der Anlage 1 zur Vorlage Nr. 14/1219-00 aufgeführten Personen als Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen vorzuschlagen.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

**Punkt : 7** Vorlage 14/1226-00  
Kostenentwicklung in der Jugendhilfe

**Herr Lücht** teilt mir, er habe bereits in der letzten Jugendhilfeausschuss-Sitzung darauf hingewiesen, dass nach dem 1. Quartalsabschluss für 2004 der Fachbereich mit Mehrkosten rechne, die zu einem Defizit in Höhe von rund 1,4 Mio. € führen würden. Heute wolle man darstellen, wie sich die stationären und ambulanten Kosten entwickelt hätten und mit welcher Fallzahlentwicklung zu rechnen sei.

Die Kostenentwicklung in der Jugendhilfe sei im übrigen nicht nur in der Stadt Emden, sondern bundesweit zu beobachten. In diesem Zusammenhang weise er nach Rücksprache mit dem Landesjugendamt auf Überlegungen des Landes Niedersachsen hin, landesweit ein auf Dauer angelegtes Beobachtungs- und Berichtskonzept über Entwicklungen der Inanspruchnahme von Leistungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung einzurichten. Die Finanzierung dieses Modellprojektes werde voraussichtlich in Kürze gesichert werden können; er habe seitens der Stadt Emden bereits großes Interesse an einer Beteiligung an diesem Modellprojekt bekundet. Der Jugendhilfeausschuss werde auf jeden Fall über die weitere Entwicklung unterrichtet.

Herr Lücht kommentiert sodann im einzelnen die Aspekte des Beschlusssentwurfes und stellt insbesondere die zentrale Bedeutung der Jugendhilfeplanung heraus.

Er bittet die Vorsitzende, zunächst Herrn Ralf Janßen, der als stellvertretender Fachdienstleiter des Fachdienstes Jugendhilfe mit Controlling im Jugendamt beauftragt sei, die Kostenentwicklung der Jugendhilfe vorstellen zu lassen. Anschließend solle Herr Frein Gelegenheit gegeben werden, über neu eingesetzte ambulante Maßnahmen und mögliche Perspektiven zu berichten. Danach könne dann Herr Engels über den aktuellen Stand und die Entwicklung der Jugendhilfeplanung referieren.

Frau Grix ist mit diesem Vorschlag einverstanden und erteilt zunächst Herrn Janßen das Wort.

**Herr Janßen** erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich die Kosten- und Fallzahlentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung der Stadt Emden.

**Herr Frein** erklärt, seine Aufgabe sei es, den momentanen Stand in diesem Bereich ambulanter Maßnahmen darzustellen und zu überlegen, wie man präventiv und frühzeitig in Familien Hilfe leisten könne, um die Kosten insbesondere im stationären Bereich abzufedern. Dazu erläutert Herr Frein verschiedene Projekte, die bereits angelaufenen seien und im weiteren Verlauf der Sitzung noch detaillierter vorgestellt würden (Lokales Bündnis für Familien, Förderprogramm Daphne II). Weiterhin stellt Herr Frein Projekte vor, die bereits in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Sozialer Dienst entwickelt worden seien.

In Zusammenarbeit mit der Initiative für Intensivpädagogik (IfI) wurde ein Konzept für den Einsatz von Sozialhelferinnen entwickelt. Hierbei handelt es sich um ein niedrigschwelliges

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2004**

---

Angebot für Familien, die mit der Sozialpädagogischen Familienhilfe nicht oder noch nicht erreichbar seien. Kennzeichnend für diese Familien seien oft fehlende Alltagsstrukturen (Pflege der Wohnung, Kochen, preisgünstiges Einkaufen usw.). Durch eine Unterstützung in diesen alltäglichen Bereichen solle eine adäquate Versorgung der Kinder sichergestellt werden. Diese Maßnahme werde seit Anfang des Jahres angeboten und in diesem Rahmen würden zur Zeit vier Familien betreut.

In Zusammenarbeit mit der Pestalozzischule und dem Leinerstift laufe zur Zeit ein Projekt in der Pestalozzischule in Emden. Kinder, für die ein sonderpädagogischer Förderbedarf (Schule für Erziehungshilfe) festgestellt worden sei, sollten hierdurch in ihrem bisherigen sozialen Bezugsrahmen verbleiben können. Eine notwendige Beschulung z.B. in der Leinerschule (Großefehn), werde durch eine intensive Betreuung der Kinder in der Pestalozzischule vermieden. Weiterhin werde in diesem Rahmen auch mit den Eltern der betroffenen Kinder beratend und unterstützend gearbeitet. Dieses Projekt sei zunächst auf ein Jahr angelegt. Durch die Stabilisierung des familiären Umfeldes und Aktivierung von Ressourcen solle eine dauerhafte Beschulung in einer Schule für Erziehungshilfe vermieden werden.

Daneben werde überlegt, ob Projekte, die bereits in anderen Kommunen angeboten werden, auf Emden übertragbar seien. Als Beispiel hierfür nennt Herr Frein die Einrichtung einer stationären Familienhilfe, wie sie bereits in Varel angeboten werde.

Weiterhin solle die Kooperation innerhalb der verschiedenen Fachdienste (Erziehungsberatungsstelle, Fachdienst Sozialer Dienst, Jugendförderung) und mit anderen Institutionen (z. B. Kooperation Jugendamt – Schulen) neu gestaltet und verstärkt werden.

**Herr Engels** ergänzt, dass neben der notwendigen Planung und Durchführung von Einzelmaßnahmen und der Nutzung von Programmen zur Realisierung eines ganzheitlichen Ansatzes mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien Jugendhilfeplanung eine unabdingbare Notwendigkeit sei. Seit April arbeite er an der Erstellung der Planungsgrundlagen. Sowohl das Grundlagen- als auch das Datenkonzept seien im Wesentlichen fertig. Im Zusammenhang mit dem noch zu erstellenden Maßnahmenkonzept sollten die Planungsgrundlagen der Arbeitsgruppe Jugendhilfeplanung, die am 05.07.2004 tagen werde, als Basis für die Entwicklung eines Handlungskonzeptes dienen.

**Beschluss:** Zur nachhaltigen Konsolidierung der Kostenentwicklung in der Jugendhilfe, insbesondere im Bereich der Hilfen zur Erziehung, wird festgelegt:

Die Möglichkeiten des Einsatzes frühzeitigerer ambulanter Hilfen sind zu überprüfen. Präventive und niedrigschwellige Angebote sind verstärkt einzusetzen.

Über die Jugendhilfeplanung wird unter Beteiligung des Arbeitskreises des Jugendhilfeausschusses noch im Jahre 2004 ein Grundlagenbericht über die Lebenslage von Kindern, Jugendlichen und Familien erarbeitet. Aus diesem Bericht heraus werden dann konkrete Handlungsempfehlungen im Jahre 2005 entwickelt.

Aktivitäten der Vernetzung in der Jugendhilfe, z. B. über ein lokales Bündnis für Familien sowie eine Beteiligung am EU-Förderprogramm DAPHNE II werden ausdrücklich begrüßt.

**Ergebnis:** einstimmig

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2004**

---

**Punkt : 8** Vorlage 14/1217-00  
Ergänzung des Betriebsführungsvertrages mit dem Martin Luther Kindergarten der ev. luth. Kirchengemeinde und der Hortgruppe Rumpelkiste

**Herr Kühl** trägt vor, bei der Hortgruppe Rumpelkiste in der Kieselstraße sei ein Trägerwechsel vorzunehmen. Vor sieben Jahren habe sich dort der Verein Rumpelkiste als eine reine Elterninitiative mit dem Ziel gegründet, für den Bereich Wolthusen Hortplätze zu schaffen. Das sei auch gelungen und dort habe sich eine Einrichtung mit 20 Hortplätzen etabliert. Mit viel Engagement und großer Ehrenamtlichkeit wurde dieser Verein bis jetzt betrieben. Es sei jedoch ein Nachwuchsmangel zu verzeichnen gewesen, so dass wichtige ehrenamtliche Funktionen nicht mehr besetzt werden konnten. Die inhaltliche Arbeit mit den Kindern habe darunter nicht gelitten. Aus diesem Grunde habe die Jugendförderung jedoch den Kontakt mit der Kirchengemeinde gesucht, die die Räumlichkeiten für diese Horteinrichtung zur Verfügung stelle und Träger des benachbarten Kindergartens sei. In Gesprächen habe man die Regelung gefunden, dass die Kirchengemeinde als Träger des Kindergartens die Hortgruppe weiterbetreiben wolle. Für die Eltern und die Kinder werde sich nichts ändern. Allerdings habe sich die Kirchengemeinde als zukünftiger Träger vorbehalten, die Mitarbeiterauswahl neu zu betreiben, jedoch aber zugesichert, die bisherigen Mitarbeiter bevorzugt zu berücksichtigen.

**Frau Meyer** fragt an, ob sich die Finanzierung des Landes ändern werde.

**Herr Kühl** verneint dieses.

Auf die Frage von Frau Meyer, inwieweit das Personal bleiben könne, antwortet **Herr Kühl**, durch die Neuberechnung der Stundenzahl seien nunmehr weniger Stunden in der Einrichtung vorhanden. Dieses hänge jedoch mit der bisherigen Struktur zusammen.

**Herr Renken** erkundigt sich, ob die Einrichtung allen geöffnet sei.

**Herr Kühl** entgegnet, im wesentlichen werde diese Horteinrichtung für die Grundschul Kinder vorgehalten.

**Herr Groeneveld** stellt fest, dass die Grundschule Wolthusen eine Verlässlichkeit bis 13.00 Uhr habe. Danach müsse normalerweise die Betreuung anfangen. Er fragt an, wie es sich mit den Kosten in Höhe von 40.000 € verhalte. Durch die Verringerung der Zeit müssten s. E. auch die Gesamtkosten geringer werden und bittet um einen Vergleich zum Verein Grüner Baum.

**Herr Kühl** entgegnet, das Strukturkonzept für die Horteinrichtung Rumpelkiste sei im Prinzip identisch mit dem Konzept der Herrentorschule, in dem die verlässliche Betreuung vom Verein Grüner Baum angeboten werde. Dort beginne der Hort erst um 13.00 Uhr und halte vier Stunden an. Damit die Kinder nicht durch drei bzw. vier Betreuungsstufen laufen müssen, fange die Betreuung in der Horteinrichtung Rumpelkiste direkt nach der Regelschulzeit an. Dafür schließe die Einrichtung etwas eher als der Hort an der Herrentorschule.

Er führt weiter aus, um im Genuss der Landesmittel zu bleiben, müssen jeden Tag vier Stunden Betreuungszeit vorgehalten werden.

**Herr Renken** fragt an, ob in der Finanzierung enthalten sei, dass die verlässliche Grundschule Wolthusen auch entsprechende Anteile einbringe.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2004**

---

**Herr Kühl** führt aus, das seien zwei verschiedene Dinge. Es werde nach wie vor auch Kinder in der verlässlichen Betreuung geben. Insofern werde sich daher von der Finanzierung nichts ändern.

**Beschluss:** Der FD Jugendförderung wird beauftragt mit der Ev. Luth. Kirchengemeinde Martin Luther den Betrieb der Hortgruppe Rumpelkiste in den Räumen in der Kieselstraße vertraglich für die nächsten 5 Jahre abzusichern.

**Ergebnis:** einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 9** Vorlage 14/1220-00  
Lokales Bündnis für Familien

**Herr Frein** ergänzt zur Mitteilungsvorlage, es habe am 21.06.2004 ein erstes Treffen stattgefunden, und zwar mit folgenden Beteiligten: Pro Familia, der Kinderschutzbund, die Familienbildungsstätte, die AWO, die Initiative für Intensivpädagogik, die Erziehungsberatungsstelle, die Frauenbeauftragte, der Fachbereich Sozialwesen der FHOOW, die Leitung des Fachbereiches Schule, Sport und Jugend sowie die Fachdienste Jugendförderung und Sozialer Dienst. Zunächst sei eine Bestandsaufnahme der Angebote vorgenommen worden. In Zukunft werde auch darüber zu sprechen sein, wie diese Angebote effektiver vernetzt und somit auch genutzt werden könnten. In einem zweiten Schritt solle geplant werden, welche weiteren Angebote in welchen Bereichen erforderlich seien.

Er erläutert, man habe die Initiative, die über das Bundesministerium Anfang Januar gestartet worden sei, als Signal gesehen, auf lokaler Ebene den Bedarf für ein Bündnis für Familien festzustellen. Diese Initiative laufe bis 2006 und es bestehe die Möglichkeit, beim Ministerium Unterstützung beim Aufbau und bei der Gründung eines Bündnisses zu bekommen. Eine finanzielle Förderung sei in diesem Rahmen jedoch nicht vorgesehen.

**Herr Renken** bezweifelt, dass ein Treffen der sozialen Institutionen ausreichend sei, um den Stand der Dinge aufzuarbeiten. Auch bedauere er, dass es keine finanzielle Unterstützung geben werde.

**Herr Frein** führt aus, es sei im Endeffekt erst einmal ein Anstoß gewesen, eine Bestandsaufnahme zu machen. Der Teilnehmerkreis werde auch erweitert. Man treffe sich konkret am 25.08.2004, um dann zu entscheiden, welche Institutionen in der Folge mit einbezogen werden sollten.

**Frau Fekken** bemerkt, man habe beim letzten Treffen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachgedacht. Dazu zähle auch der Bereich der Senioren, denn auch sie seien ein Bestandteil von Familien. Die Stadt Emden beteilige sich auch an der Koordinierungsstelle Frauen und Beruf, die von den Landkreisen Leer und Aurich und der Stadt Emden getragen werde. Dieses Modell sei beispielhaft vom Familienministerium als Lokales Bündnis angeführt und im Juni als Lokales Bündnis des Monats ausgezeichnet worden.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2004**

---

Sie erklärt weiter, die eigentliche Zielrichtung, die die Koordinierungsstelle vertrete, sei die Einbindung der Wirtschaft und die Übernahme von Verantwortung für Familien gerade im Hinblick auf die Vereinbarung von Familie und Beruf. Es werde weiter sondiert, was unter den gegebenen Voraussetzungen leistbar sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 10** Vorlage 14/1218-00  
Vorbereitung der Beantragung von Fördermitteln im Rahmen des EU-Programms "Daphne II"

**Herr Frein** teilt mit, an diesem Projekt sei das Frauenhaus, die Frauenbeauftragte, die Fachhochschule, die AWO sowie der Fachbereich 600, die Kommunale Prävention und der Fachdienst Sozialer Dienst beteiligt. Es sei überlegt worden, welche Projektschwerpunkte hier entwickelt werden könnten. Es seien vier Bausteine geschaffen, zum einen sei es der Baustein „Schaffung einer Klärungsstelle und die Entwicklung des Case-Managements bei Opfern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind“, der zweite sei ein Baustein zur „Qualifizierung von Frauen im lebenspraktischen Bereich“, der dritte Baustein sei ein „Gruppenangebot für Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind“ und der vierte Baustein sei eine sogenannte „Elternschule“. Hier bestehe bereits ein Grobgerüst und man wolle beim nächsten Besprechungstermin in die inhaltliche Diskussion einsteigen, um diese Punkte genauer benennen zu können.

**Frau Fekken** ergänzt, sicherlich stelle sich die Frage, wie es plötzlich zu diesem Programm und der Antragsstellung käme. Im letzten Jahr habe ein gemeinsamer Workshop von Mitgliedern des Sozialausschusses und der Verwaltung stattgefunden. Dort habe man die unterschiedlichen Handlungsfelder herausgearbeitet, die zu einer stärkeren Vernetzung und somit zu Kosteneinsparungen führten. Dort sei auch das Handlungsfeld „Häusliche Gewalt“ sehr stark ins Auge gefasst worden. Dabei habe man den Einstieg in das EU-Programm „Daphne“ überlegt, um mit Hilfe dieses Programms die Strukturen in Emden verbessern und neue Ansätze entwickeln zu können.

Frau Fekken führt weiter aus, im Bereich der häuslichen Gewalt sei man vorwiegend auf der Interventionsebene, so dass bei einer Krisensituation das Frauenhaus und die Polizei tätig werde. Der Verwaltung stünden kaum Möglichkeiten zur Verfügung, stadtpräventiv zu arbeiten, um auch die vorhandene Gewaltspirale, die von Generation zu Generation weiter gegeben werde, aufzubrechen. Hier sehe man einen sinnvollen Ansatz, mit Hilfe des EU-Projektes tätig werden zu können.

**Frau Meyer** fragt an, mit welchen Kosten zu rechnen sei.

**Herr Lücht** entgegnet, das Förderprogramm Daphne II laufe von 2004 bis 2008 und sei im Anschluss an Daphne I gekommen. Den Antrag habe die Verwaltung erst Anfang Juni erhalten, so dass man zur Zeit noch in der Vorbereitung sei. Man steuere eine Antragsabgabe für Februar 2005 an.

Herr Lücht erklärt, bei dem ausgelaufenen Daphne-I-Förderprogramm konnten von allen Antragsstellungen nur etwa 1/6 bedient werden. Daher möchte die Verwaltung einen ausgereiften Antrag entwickeln, der auch entsprechende Förderchancen biete. Der Jugendausschuss werden auf jeden Fall vor der Antragsstellung noch beteiligt. Zur Höhe der Kosten könne im derzeitigen Stadium noch keine Aussage getroffen werden.

**Herr Renken** bittet um Auskunft, wie die Verwaltung die erheblichen Mittelkürzungen der Landesregierung beurteile und in welchem Umfang es die Stadt Emden treffen werde.



## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2004**

---

**Frau Fekken** bemerkt, das Land beabsichtige, die drei Bausteine im Interventionsbereich, d.h. das Frauenhaus, die BISS-Beratungsstelle bei Intervention bei häuslicher Gewalt und die Beratungsstelle bei Gewalt an Kindern und Jugendlichen gemeinsam zu bedienen und eine feste Fördersumme zur Verfügung zu stellen und in die kommunale Verantwortung zu geben. Dieses sei aber mit einer Mittelkürzung verbunden. Bei einer Demonstration in Hannover hätten sich die Beratungseinrichtungen vehement dafür eingesetzt, dass es nicht zu diesen Kürzungen komme. Neuere Erkenntnisse lägen ihr nicht vor.

**Herr Renken** ist der Ansicht, unter den geplanten Mittelkürzungen würden die Strukturen enorm einbrechen und nicht zu halten sein. Er appelliere an den Jugendhilfeausschuss, einen dringenden Aufruf an die Landesregierung zu starten, um auf das Problem vor Ort aufmerksam zu machen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 11** Vorlage 14/1166-01  
Jugendschutz

**Frau van Schwartzberg** stellt sich zunächst vor und erläutert anschließend ausführlich den Bereich Kinder- und Jugendschutz.

**Herr Klaassen** fragt an, warum nicht häufiger Kontrollen in den Diskotheken durchgeführt würden und was dann mit den Kindern und Jugendlichen passiere.

**Frau van Schwartzberg** erklärt, es sei sehr aufwendig, solche Kontrollen durchzuführen, da man dazu ein größeres Gremium benötige und es sei schwierig, dafür Personal abzustellen.

Sie führt weiter aus, es würden von den sich in den Diskotheken aufhaltenden Kindern und Jugendlichen die Personalien aufgenommen. Anschließend werde dafür gesorgt, dass sie den Heimweg antreten bzw. es würden die Eltern informiert.

**Herr Klaassen** erkundigt sich, ob es in Emden bezüglich der Abgabe von Alkohol Kontrollen gäbe.

**Frau van Schwartzberg** entgegnet, von der Verbraucherberatung sei in der letzten Zeit eine Kontrolle im Hinblick auf den Verkauf von Alkopops durchgeführt worden. Sie selber sei aus zeitlichen Gründen nicht in der Lage, mögliche Abgabestellen zu kontrollieren. Sie sei jedoch mit der Polizei eine Kooperation eingegangen, dass diese im Schutzdienst die Kontrollen übernehmen würden und sie bei Bedarf informiert werde.

**Herr Lücht** weist darauf hin, dass das Spannungsfeld gesetzlicher und erzieherischer Jugendschutz bereits im Jugendamt diskutiert worden sei und unter der neuen Fachbereichsleitung ein Lösungsvorschlag insbesondere hinsichtlich der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeit entwickelt werde. Der Jugendhilfeausschuss werde zu gegebener Zeit beteiligt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

## **Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.06.2004**

---

**Punkt : 12** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Punkt : 13** Pro Aktiv Center / PACE

**Herr Sprengelmeyer** teilt mit, die Pro Aktiv Center (PACE) seien eine Maßnahme des Landesjugendamtes in der Fortsetzung des Jugendbüros. Sie sollten vor Ort die Angebote in der Jugendsozialarbeit bündeln. Für Emden läge nunmehr der vorzeitige Maßnahmebeginn zum 01.06.2004 vor. Die voraussichtliche Förderung betrage jährlich 140.000 € bei einem Eigenanteil von 20 %. Da dieser durch Umschichtungen erreicht werde, seien zusätzliche Mittel nicht erforderlich. Das PACE sei dem Fachdienst Jugendförderung zugeordnet.

Er führt weiter aus, zur Zeit finde die Feinkonzeptentwicklung zwischen dem Fachdienst Jugendförderung, dem Sozialen Dienst, der Jugendwerkstatt, dem Fachdienst Hilfe zum Lebensunterhalt sowie der Agentur für Arbeit statt. Diese sollen bis Oktober 2004 abgeschlossen sein. Aber auch in dieser Zeit laufe die Arbeit im Sinne des bisherigen Jugendbüros im Übergang zu dem Konzept Pro aktiv weiter. Man habe in diese Woche einen Mietvertrag zum 01.07.2004 für die Räumlichkeiten Ringstraße 19 abgeschlossen. Die untere Etage werde als niedrigschwelliges Anlauf- und Beratungsangebot für Jugendliche genutzt. Ab 01.10.2004 habe man das ganze Haus zur Verfügung, um auch von leichter Obdachlosigkeit bedrohte Jugendliche schnell unterbringen zu können. Nach Fertigstellung des Konzeptes werde wieder im Ausschuss darüber berichtet.

**Punkt : 14** Jugendhilfetag in Osnabrück

**Herr Sprengelmeyer** trägt vor, vier Vertreter der Stadt Emden hätten an dem Deutschen Jugendhilfetag vom 02.06. bis 04.06.2004 in Osnabrück teilgenommen. Er bedauert, dass Emden so wenig vertreten gewesen sei, andere soziale Einrichtungen aber auch Mitglieder des Jugendhilfeausschusses hätten hier eine hervorragende Möglichkeit gefunden, sich über die breite Palette der Jugendhilfeangebote und über den Stand der aktuellen Diskussion zu informieren.

Aus der Presse konnte man entnehmen, dass ca. 30.000 Besucher anwesend waren. Kommunen und auch freie Träger aus dem gesamten Bundesgebiet hätten sich und ihre Konzepte der verschiedensten Einrichtungen vorgestellt. Gepaart mit der Ausstellungsmesse sei der Deutsche Jugendhilfetag unter dem Motto „Leben lernen“ aufgebaut gewesen. Nähere Informationen dazu könne man auch im Internet unter [www.jugendhilfetag.de](http://www.jugendhilfetag.de) entnehmen.

Leider sei die Stadt Emden nicht mit einem Stand vertreten gewesen. Er halte es für sehr wichtig, dass sich Emden auf solchen Veranstaltungen präsentiert und informiert. Er schlage vor, sich beim nächsten Jugendhilfetag in vier Jahren entsprechend wirksam dazustellen.

**Herr Bornemann** stellt die Frage, warum die Stadt Emden nicht vertreten gewesen sei.

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, im Fachbereich wurde die Teilnahme zu spät diskutiert und realisiert. In der Kürze der Zeit habe man nur noch einen Fachvortrag über Armut und Gesundheit von Kindern organisieren können.

**Herr Lücht** ergänzt, ursächlich sei die Umbruchsphase im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Herrn Saathoff gewesen. Die Anmeldung eines Standes hätte frühzeitiger erfolgen müssen. Man habe sich noch intensiv bei der Organisationsabteilung um eine Nachmeldung bemüht, die Meldung konnte aber leider nicht mehr berücksichtigt werden.

**Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am 24.06.2004**

---

**Punkt : 15**      Anfragen

keine